

ZIMMER in BRÜSSEL

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Herausforderungen für Linke in Deutschland und Europa

Von Dimitris Papadimoulis

Die Ergebnisse der Bundestagswahl sind beunruhigend – nicht nur für Deutschland, auch für ganz Europa.

Der Wählerwechsel hin zu rechten politischen Parteien der seinen Ausdruck findet im Wiedereinzug der neo-liberalen FDP in den Bundestag und in der gewachsenen Anziehungskraft der populistischen und rechtsextremen AfD – ist das Ergebnis der gescheiterten Wirtschafts- und Sozialpolitik von Kanzlerin Angela Merkel und ihres Missmanagements in der Flüchtlingsfrage, aber auch des Fehlens politischer Alternativen auf Seiten der progressiven politischen Kräfte.

DIE LINKE war die einzige Partei, die sich gegen die fremdenfeindliche und rassistische Theorie der AfD und gegen die nationalistische Bewegung der Pegida gestellt hat.

Durch eine pro-europäische Agenda und eine gemäßigte, politische Debatte im Wahlkampf, ist es der deutschen LINKEN gelungen, 500.000 neue Wähler im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 dazu zu gewinnen. Dringende Fra-



Dimitris Papadimoulis ist Vize-Präsident des Europäischen Parlaments und Leiter der Syriza in der GUE/NGL

gen wie die stetige Zunahme der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen West- und Ostdeutschland, die geringen öffentlichen Investitionen, Armut und der kontra-produktive, exzessive Handelsüberschuss, die Stagnation der Löhne und die gescheiterte Politik, die Flüchtlinge sozial zu integrieren, wurden kaum diskutiert.

Dennoch ist es wichtig zu betonen, dass nun der Raum für progressive Kräfte – in diesem Fall DIE LINKE, Sozialdemokraten und die Grünen – weiterentwickelt werden kann, sich anzunähern und enger zusammenzuarbeiten. Im Wahlkampf standen dem noch Hürden im Weg. Der Dialog zwischen diesen Kräften kann verstärkt werden – natürlich abhängig davon, welche Strategie die Grünen und Sozialdemokraten in der nächsten Legislaturperiode verfolgen werden.

Die Rolle der Grünen in einer möglichen Koalition mit CDU/CSU und FDP wird entscheidend sein. Wird es die politische Führung der Grünen schaffen, in der Koalition die notwendige Balance herzustellen, um eine stärkere Sozial- und Umweltpolitik durchzusetzen oder werden sie von einer neoliberalen Agenda vereinnahmt und zur Seite gedrängt?

Hinzu kommt, dass die Sozialdemokraten für eine weitere neue große Koalition nicht mehr zur Verfügung stehen wollen. Es wird interessant sein zu beobachten, ob die Parteiführung ein neues progressives und ideologisches Narrativ entwickeln und sich von dem

neo-liberalen Abschwung befreien wird, der zu ihrem politischen Kollaps und zu den herben Wahlverlusten geführt hat.

Angesichts dieser kritischen politischen Entwicklungen und Herausforderungen für Deutschland können die Kommunikationskanäle zwischen der LINKEN und den Sozialdemokraten gestärkt werden, um so den Druck gegen die neue Regierungskoalition zu erhöhen.

Aus einem ausschließlich europäischen Blickwinkel und trotz anhaltender Schwierigkeiten ist es wichtig, diese politische Perspektive weiter auszuarbeiten. So könnten Bestrebungen verstärkt werden, eine breite progressive Allianz in anderen Mitgliedsländern und im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2019 zu schaffen. Die Herausforderungen, die uns bevorstehen, sind eindeutig: Es geht darum, den sozialen Zusammenhang, Gerechtigkeit, nachhaltiges Wachstum und die Vertiefung des politischen Einigungsprozesses in der EU zu stärken, um sich gegen das Wachsen der extremen Rechten und das Aufzwingen von neoliberaler Politik in der Eurozone zu stellen.

Aus dem Englischen von Hülya Tapti

Von André Seubert

Eine Menschenmenge steht vor einem Wahllokal. Alle singen, halten die Hände nach oben. Polizist*innen in schwarzer Kampfmontur, mit Schlagstöcken und Waffen in der Hand, umstellen die Gruppe. Plötzlich rennt ein Beamter los, schlägt mit seinem Knüppel auf einen Mann ein. Diese erschreckende Szene ist kein Einzelfall. Im Netz sind sie auf unzähligen Videos zu sehen, die am Tag des Unabhängigkeitsreferendums in Katalonien aufgenommen wurden.

Die Katalan*innen wollten friedlich und demokratisch über ihre Zukunft entscheiden. Die rechte Zentralregierung Spaniens antwortete mit Polizeigewalt, um diese EU-Bürger*innen an der Wahl zu hindern. Mehr als 830 Menschen wurden verletzt. Und was macht die EU? Sie bleibt untätig und stellt sich hinter die spanische Regierung. Doch es ist höchste Zeit, zwischen spanischer Zentral- und katalanischer Regionalregierung zu vermitteln. Denn dieser Konflikt kann nur demokratisch, nicht mit Gewalt, gelöst werden.

Der Streit zwischen der katalanischen Regionalregierung in Barcelona und der Zentralregierung in Madrid spitzt sich seit langem zu. Seit 2010 blockiert der spanische Ministerpräsident Rajoy den Wunsch Barcelonas, legal über die Unabhängigkeit abstimmen zu können. Ein Schlag ins Gesicht der Katalan*innen.

Nur Demokratie ist der Weg



Solidaritätsaktion der GUE/NGL zum katalanischen Referendum.

Seit 2015 stellen die Unabhängigkeits-Befürworter die Mehrheit im katalanischen Parlament. Spätestens dann hätte Rajoy auf Dialog setzen sollen. Aber seine Regierung verweigert jeden politischen Kompromiss. Statt auf gemeinsame Lösungen zu setzen, droht sie mit autoritären Mitteln und Verboten. So geht Barcelona Schritt für Schritt einseitig in Richtung Unabhängigkeit, um weiter Druck auf Madrid aufzubauen.

Rajoy's Strategie, den Dialog zu verweigern, ist ein Spiel mit dem Feuer. Über 80 Prozent der Katalan*innen wollten über die Unabhängigkeit ab-

stimmen dürfen, nur eine Minderheit wollte die Abspaltung von Spanien. Doch Madrid ließ die Abstimmung verbieten, Wahlzettel beschlagnahmen, katalanische Politiker*innen verhaften – und am Wahltag die Wähler*innen niederknüppeln. 42 Prozent der 5,3 Millionen Wahlberechtigten haben trotzdem abgestimmt – mehr als 90 Prozent für die Unabhängigkeit. Carles Puigdemont, Regierungschef in Barcelona, leitet daraus das Recht auf Unabhängigkeit ab. Doch eine einseitige Unabhängigkeitserklärung wäre ein unverantwortlicher Schritt. Puigdemont

hat nur etwas mehr als ein Drittel der Katalan*innen hinter sich, wenn man sich die Wahlbeteiligung anschaut. Puigdemont hat Madrid zwar den Dialog angeboten, doch Rajoy bleibt stur. Statt Kompromisse zu suchen, will er notfalls die katalanische Regierung absetzen und die Region von Madrid aus regieren. Das wäre nicht nur Öl, sondern Brennsprit in das Feuer dieses Konflikts.

Die Fronten sind verhärtet, die EU muss schnell vermitteln. Im Namen der Linksfraktion GUE/NGL hat Gabi Zimmer die Europäische Kommission dazu schon vor dem Referendum aufgefordert. Bisher sieht die EU diesen Streit als innere Angelegenheit Spaniens, in die sie sich nicht einmischte. Das ist heuchlerisch. In der Bankenkrise hat die EU einigen Mitgliedstaaten Kürzungsdiktate aufgezwungen, sich in „innere Angelegenheiten“ eingemischt, obwohl die Bevölkerungen dagegen waren. Und die EU ist nicht nur gegenüber ihren Mitgliedstaaten, sondern auch ihren Bürger*innen direkt verantwortlich. Sie muss für ihre Werte einstehen. Spätestens seitdem die Grundrechte der Katalan*innen – EU-Bürger*innen wie wir – mit Schlagstöcken verletzt wurden, darf sich die EU nicht mehr verstecken. Das ist die Pflicht der EU – und eine Chance für mehr Demokratie. In Spanien und Katalonien führt kein Weg an einer demokratischen Lösung vorbei, die die Wünsche von Katalan*innen und Spanier*innen respektiert.